

Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelsbain, Bensch, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchsstein, Groß- und Kleinfleider, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standau, Throna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Befehlsarbeiten des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft / Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erkheint wöchentl. 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 20 Pfg., amtl. 50 Pfg., Reklametitel (Sp. 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unentgeltlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Vertrag: Amt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Glog & Kule, Naumburg bei Leipzig, Markt 3

Nummer 25

Sonntag, den 25. Februar 1928

39. Jahrgang

Amtliches.

Die Gewerbesteuer auf das 4. Viertel des Rechnungsjahres 1927 (1. Januar bis 31. März 1928), fällig am 15. März 1928, ist bis spätestens

20. März 1928
an die hiesige Stadtsteuer-Einnahme bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung zu entrichten.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß für das Rechnungsjahr 1927/28 v. B. der Staatsgewerbesteuer als Zuschlagsteuer endgültig erhoben werden. Die sich ergebende Nachverteilung, die von jedem einzelnen Steuerpflichtigen selbst zu errechnen ist, wird mit dem am 15. März 1928 fälligen Termisbeitrag für das 4. Rechnungsquartal mit eingekobnet.

Naumburg, am 24. Februar 1928. Der Stadtrat.

Nach dem Karneval.

Volk in Trauer. — Abschiedsgeschenke. — Spekulation auf die Tränenadrenalin.

630 Bälle, große öffentliche Bälle, will ein strenger Beobachter unseres gesellschaftlichen Lebens in dieser Saison in Berlin gezählt haben, und es versteht sich, daß ein so ausgesprochen freudig statischer Erfassung von Lust und Leid im Volksleben diese Feststellung nicht ohne festes Stützgerüst verzeichnen. Er kann jetzt, da die Faschingszeit vorüber ist, gewiß auf nachdenklichere Gemüter rechnen und braucht deshalb kaum noch daran zu erinnern, daß sogar unser königlicher Gast aus dem Morgenlande vom Vizetanzler Dr. Herzt in einer offiziellen Ansprache darauf hingewiesen worden ist, daß Deutschland ihn nicht mit dem gleichen Pomp und Gedränge empfangen könne, wie die anderen Länder das getan hätten, weil wir ein Volk in Trauer seien, ein armes Volk, das jahrelang verzweifelt für seine Freiheit gekämpft und heute noch für seine Wiederaufbauarbeit hart zu ringen habe. Das große Publikum freilich wird nicht immer der Meinung gewesen sein, daß die gesamten Veranstaltungen zu Ehren unserer afghanischen Gäste einen gar so schlichten Charakter gezeigt hätten, wie er danach sich von selbst verstanden haben müßte. Aber die Herrschaften wegen von ihrer bisherigen europäischen Rundreise verwöhnt worden und auf diese Tatsache mußte wohl oder übel auch in Deutschland die gebührende Rücksicht genommen werden.

Ob der König Aman Ullah nun bei aller Aufgeschlossenheit für die Errungenschaften der westlichen Kultur, die ihm nachgerühmt wird, auch einig Interesse für Zahlenreihen besitzt, in denen sich die Wirtschaftsbewegung der europäischen Staaten eigentlich am deutlichsten ausdrückt, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Sollte das der Fall sein, so wird er gewiß bei dem eben veröffentlichten Januarergebnis des deutschen Weltgeschäftes mehr als nur einen kurzen Augenblick verweilen. Wir verzeichnen diesmal einen Einfuhrüberschuß von einer halben Milliarde und haben damit einen Höchststand in der Passivität unserer Handelsbilanz erreicht, der zur Abwehrmittelmittlung dieser Lage allerdings vortrefflich paßt. Unsere Ausfuhr ist in allen Warengruppen um nahezu hundert Millionen zurückgegangen, während die Einfuhr an Lebensmitteln namentlich abermals um mehr als 80 Millionen gestiegen ist. Dabei sollen wir bekanntlich von dem Überschuß unserer Ausfuhr die schweren Handelsverpflichtungen erfüllen, die man uns auferlegt hat, und alle unsere Bemühungen um Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit großen und kleinen Staaten im Osten und im Westen geschehen in der Hoffnung, daß uns damit ein vermehrter Warenumsatz mit reichlicherem Austauschgewinn erschlossen würde. Die tatsächliche Entwicklung geht nun leider in entgegengesetzter Richtung.

Daneben häufen sich auch im Inlande die Arbeitsschwierigkeiten. Wir haben vor großen Lohnkampfen, kaum daß die drohende Aussperrung in der gesamten Metallindustrie durch einen zwangsweise für verbindlich erklärten Streikbescheid verbietet worden ist. Und fast scheint es so, daß zu gleicher Zeit auch die Panzerkisten sich am Ende ihres Lebens angefangen haben. Das Notprogramm will ja einige Hilfe bringen, aber ob es so, wie die amtierende Regierung es vorschlägt, auch den Reichstag passieren wird, steht einstweilen noch sehr daun, und überdies haben wir auch keineswegs Sicherheit dafür, daß der Landwirtschaft mit den geplanten Teilmahnahmen wirklich auch rasch und entschlossen genug geholfen werden kann. Der Wahlkampf wird vielleicht dem einen oder anderen der zur Entscheidung mildernden Faktoren anseher Gesehung wichtiger erscheinen als die einmalige Beschlußfassung über ein umfangreiches Reg. von Retrazmaßnahmen, bei dem wohl die am schwersten betroffenen Volksteile mehr oder weniger auf ihre Kosten kommen sollen, das aber natürlich nicht allen Ständen und Berufsgruppen bringen kann, die als dem Hülfsmittel dieser Abschiedsgeschenke der Reichsregierung auch noch gern für sich etwas abbekommen möchten.

Während man bei uns, in Polen, in Frankreich den Reuevaben immer näher kommt, hat es in England ein geschäftstätiger Filmunternehmer verstanden, die allgemeine Aufmerksamkeit auf einen Bildstreifen zu fesseln, der die Erinnerung an das traurige Schicksal der Elisabeth wieder aufleben läßt. Man weiß, daß diese Krankeinschwestern den letzten Schicksal ihrer menschen-

Völkerbund gegen Ungarn

Der Waffenverkauf durch Ungarn soll unterbleiben.

Die Affäre mit der in St. Gotthard an der österreichisch-ungarischen Grenze beschlagnahmten Waffenlieferung aus Italien hat weiteren Umfang angenommen. Bekanntlich hat die ungarische Regierung den aus Italien an einen bisher nicht festgestellten Empfänger gerichteten Waffen- und Munitionstransport in den letzten Tagen gestoppt lassen und die Verteigerung ausgeschrieben. Damit sind aber die Tschechoslowakei, Rumänien und Serbien nicht einverstanden, da sie mehr oder weniger offen behaupten, durch dieses Vorgehen sollten alle Spuren für die beim Völkerbund von ihnen beantragte Untersuchung der Angelegenheit verwischt werden. Die drei Mächte der Kleinen Entente waren nämlich als etwaige Waffenempfangener auch genannt worden und wollen beweisen, daß sie jedenfalls absolut nicht beteiligt waren. Weitergehende Schlüsse lägen ziemlich klar.

Besonders in Frankreich äußerte sich lebhaftere Entrüstung wegen des ungarischen Vorgehens, und nun griff auch der Völkerbund ein. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat an den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen das folgende dringende Staatstelegramm gerichtet:

Habe die Ehre, Ihnen folgendes Telegramm zu übermitteln, das ich fordern von dem derzeitigen Präsidenten des Völkerbundes erhalten habe: „Bitte, ungarischer Regierung zu telegraphieren, daß Völkerbundrat, der mit einem Ersuchen der tschechoslowakischen, rumänischen und serbischen Regierung beauftragt ist, durch Presse Erlöste hat, daß ungarische Regierung den Verkauf der Erlöste vornehmen will, die den Gegenstand des erwähnten Antrages bilden, und daß es wohl vorzuziehen wäre, die Durchführung dieser Maßnahmen aufzuheben, da diese Angelegenheit binnen kurzem vom Rat untersucht werden soll.“ Drummond

Darauf antwortete Ministerpräsident Bethlen durch ein Telegramm an den Generalsekretär, in dem es heißt, daß die von den zuständigen Behörden angeordnete Festsetzung nicht mehr aufzuhalten gewesen sei, und fährt dann fort:

freundliches Amt dazu mißbrauche, Kriegsanachträge der damaligen feindlichen Staaten ihren Armeen wieder zuzuführen, und daß sie deswegen zum Tode verurteilt und erschossen wurde. Der dankenswerte Einspruch Chamberlains und das Verbot der „eigentlich“ in England überhaupt nicht bestehenden Filmzensur schien dieser widerwärtigen Spekulation auf die Tränenadrenalin der Deutschen ein rechtzeitiges Ende bereitet zu haben, zumal auch die amerikanischen Filmfabriken die ihnen zugetragene Übernahme des Bildstreifens größtenteils jetzt dankend ablehnten hatten. Aber in London muß doch wohl irgend jemand ein merkwürdiges Interesse daran haben, den europäischen Frieden im allgemeinen und unsere verhältnismäßig guten Beziehungen zu England im besonderen dieser neuen schweren Versuchungsbüchse zu unterwerfen. Man bemüht im Inland Lichter wie Verneid Schaw und im Ausland so hervorragende Reichensstreunde wie den alten „Tiger“ Clemenceau um ihre Meinung — und siehe da, man bekommt von ihnen allen zu hören, daß doch gar nichts weiter dabei zu finden sei, wenn ein kleiner Teufelschritt aus der Kriegszeit, und zumal ein so lehrreicher und so tragischer wie dieser mit Miss Cavell als Heldin im Mittelpunkt, den weiblichen Töchter dargeboten werde. Der Film wird also, wenn auch vielleicht zunächst nicht in England, so doch anderwärts seinen Weg ins Freie schon finden. Man soll sich danach nicht wundern, wenn etwa in absehbarer Zeit ein deutscher Film die Reife um die Welt antritt, in dem die Belegung von Karlruhe mit französischen Bomben geschildert wird, ein Luftangriff auf eine gänzlich unbefestigte, gänzlich friedliche Stadt, dem nicht eine miltätärlige Krankeinschwester, sondern mehr als hundert gewöhnlich unschuldige Kinder zum Opfer gefallen sind. Dr. Sp.

Einberufung des Reichstages.

Auf Montag, 27. Februar.

Die nächste Vollsession des Reichstages ist jetzt endgültig auf Montag, den 27. Februar, anberaumt worden. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltsplanes des Reichsministeriums, des Reichsfinanziers und der Reichsanstalten.

Freitag abend traten die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichskabinetts zu einer Ministerbesprechung zusammen zur endgültigen Beschlußfassung über das Notprogramm der Regierung. Ebenfalls wurde die Regierungserklärung für nächsten Montag besprochen.

Notprogramm der deutschen Landwirtschaft

Der für Donnerstag einberufenen außerordentlichen 58. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Berlin war eine Sitzung des Ständigen Ausschusses vorangegangen. Donnerstag benannten die Beratungen

Ich gestatte mir weiter zu bemerken, daß die Vorschriften betreffend die Ausübung des Investitionsrechts keine Bestimmung für solche Fälle enthalten. Nichtsdestoweniger wird die ungarische Regierung aus Courttoisie gegenüber der Person des derzeitigen Vizepräsidenten nicht verfahren, die Käufer zu erforschen, die Gegenstände, die sie ankaufen werden, an Ort und Stelle zu lassen. Der geschäftsführende Vorsitzende des Völkerbundesrat, der chinesische Delegierte Tscheng Koh, soll das Vorgehen in einer Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Briand ausführlich besprochen und vereinbart haben.

Die Pariser Presse verlangt, daß nun, nachdem die Sache auf die Spitze getrieben worden ist, kein Vertuschungsversuch mehr gemacht, sondern volle Klarheit geschaffen werde. Im übrigen tritt man von verschiedenen Seiten für eine Erweiterung der Rechte des Völkerbundespräsidenten ein.

Verdächtigungen Deutschlands.

Der Genier Mitarbeiter des Pariser „Matin“, der bekannte Journalist Jules Sauerwein, behauptet, der Schritt des Präsidenten des Völkerbundes habe in den Genier deutschen Kreisen eine gewisse Unruhe hervorgerufen. Sauerwein schreibt: Die Deutschen leben am Vorabend von Reichstagswahlen. Die Reichstagskandidaten in Deutschland sahen beständig in ihren Zeitungen: Wir können nicht gegen Ungarn Partei ergreifen. Eine Untersuchung in Ungarn ist nichts anderes als eine Generalprobe dessen, was sich einmal in Deutschland ereignen könnte. Die ganze Politik Stresemanns würde nach Sauerwein hinfällig werden, wenn sie sich mit Ungarn einverstanden erklären würde.

Die Verteigerung des St. Gotthard-Materials.

Vom Bahnhofscommandanten in St. Gotthard wird mitgeteilt, daß Freitag die öffentliche Verteigerung der feinerzeit beschlagnahmten und in diesen Tagen für Kriegszwecke unbrauchbar gemachten Maschinenabwehrbestandteile unter gerichtsbefehllicher Aufsicht erfolgt ist. Den ganzen Vorrat hat ein ansässiger Kaufmann für den Betrag von 1800 Pengö = 1350 Mark erstanden. Das Material bleibt jedoch vorerst auf Regierungsverfügung unter behördlicher Aufsicht an Ort und Stelle. Es hat sich keinerlei Zwischenfall ereignet.

zunächst in einer geschlossenen Sitzung im Schöneberger Rathaus mit der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten. Außer den Mitgliedern und ständigen Tagungsteilnehmern des D. L. R. waren zahlreiche Vertreter der Reichs- und Landesministerien und verschiedener Wirtschaftsorganisationen erschienen, u. a. die Reichsminister Schiele, Dr. v. Reubell, Dr. Köhler, Herzt, Dr. Koch, Gröner, der Oberbürgermeister von Berlin, Vöhl, der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, die Reichsminister a. D. von Raumer und Dr. Hermes. Kurz vor Beginn der Sitzung wurde Reichspräsident von Hindenburg durch den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, in den Saal geleitet. Nach kurzer Begrüßung der Reichsminister und der landwirtschaftlichen Führer durch den Reichspräsidenten wurde die Tagung eröffnet.

Die Eröffnungsansprache hielt der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, behandelte in längerer Rede die Räte der deutschen Landwirtschaft und ging auf die erforderlichen Maßnahmen zur Abhilfe ein.

Es folgte eine Reihe von Vorträgen über die Notforderungen der deutschen Landwirtschaft, über Kreditfragen und über Schutz und Steigerung der deutschen Erzeugung als Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik.

In der vor dem Ende der Tagung angenommenen Entschließung wird im einzelnen als sofort notwendig gefordert:

Gesehtliche Einwirkung auf alle öffentlich-rechtlichen Kapitalgesellschaften, einen erheblich höheren Anteil ihrer verfügbaren Mittel in landwirtschaftlichen Hypotheken anzulegen. Erhebliche Verstärkung der Eigenmittel des genossenschaftlichen Kreditwesens unter maßgebender Beteiligung des Reiches. Aussetzung einer Umschuldungsanleihe unter Sicherung durch angemessene Ausfallbürgschaften der öffentlichen Verbände oder sonst geeigneter Stellen. Die Bearbeitung dieser Angelegenheiten durch eine einzige Stelle, die, unabhängig von Wechseln politischer Konstellation, im engeren Einvernehmen mit dem Deutschen Landwirtschaftsministerium in der Lage ist, alle erforderlichen Maßnahmen auszuarbeiten und den Parlamenten vorzuschlagen. Strenge Einfuhrparnis. Überführung der sozialen Versicherung in die Grenzen, die der Gesamtentwicklung unserer wirtschaftlichen Lage entsprechen. Änderung des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung bezüglich des Selbstgewerbes, ebenso Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung. Aufhebung der Beschränkung in der Zulassung der ausländischen Wanderarbeiter für die nächsten Jahre.

Reformen bei der Reichspost.

Vom 1. April ab.

In der Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost, die der Beratung und Feststellung des Nachtragshaushalts für 1927 und des Haushalts für 1928 galt, gab der Reichspostminister eine Darstellung über die Wirtschafts- und Verkehrsstände der Reichspost. Der Minister führte u. a.